

Haushaltsrede 2017 Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Bürgermeister,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Zuhörer,

wir müssen hier heute zu einem Haushalt Stellung nehmen, der angesichts des HSK alles andere als einen großen Gestaltungsspielraum aufweist. Ein Gestaltungsspielraum, der bitter nötig wäre, um all die vielen und wichtigen Baustellen im sozialen, ökologischen, städtebaulichen und verkehrspolitischen Bereich sinnvoll, wirksam und nachhaltig abzarbeiten.

Folgender Satz könnte, trotz HSK, für uns alle eine Richtschnur für die nächsten Jahre werden.

**„Der Staat muss Gärtner sein und darf nicht Zaun sein,
wenn er Haushaltspolitik betreiben will.“**

Wie ich finde ein Zitat, das gut zu unserer jetzigen Haushaltssituation passt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU; sie wissen vielleicht von wem dieses Zitat stammt: Von Angela Merkel.

So ist dieser Satz ihrer Parteivorsitzenden eine Mahnung an sie und an alle Kolleginnen und Kollegen im Rat, deren Handeln primär vom Sparen diktiert scheint.

Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, zu säen und zu gießen damit etwas wachsen kann. Und wir müssen auch Grenzen abstecken, um unser Grundstück nicht zu weit über die Möglichkeiten hinaus auszuweiten.

Ja, natürlich leidet unser Haushalt unter den Anstrengungen sparen zu müssen.

Wir alle wissen um die teilweise fatalen Folgen der vergangenen personellen Einsparungen in der Verwaltung.

Darf ich sie daran erinnern, das diese uns bisher mehr Geld gekostet als eingebracht haben.

Und wir wissen nicht genau ob der Haushalt, durch damalige Versäumnisse, in Zukunft einen weiteren Aderlass verkraften muß.

Was wir aber wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das wir genau das in Zukunft vermeiden wollen.

Neben den dringend zu schaffenden Stellen, stehen uns in den nächsten Jahren weitere finanzielle Anstrengungen bevor.

Wir alle werden gezwungen sein Abzuwägen und Gewichtungen vornehmen zu müssen.

Wir wissen, das wird nicht immer einfach sein. Aber nur gemeinsam sind wir in der Lage diese Projekte auch realisieren zu können.

Daher meine Appell an uns alle; lassen sie uns folgende Handlungsfelder und Projekte nicht durch falsch verstandene Sparzwänge aufs Spiel setzen:

- Die Realisierung der Sekundarschule ohne Abstriche am pädagogischen Konzept vornehmen zu müssen.
- Den geplanten Bau preiswerter und attraktiver Wohnungen und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Flüchtlinge und Einkommensschwache, Wohnungen die sich später auch junge Familien leisten können
- Einen Jugendfreizeitpark, damit endlich ein positives Signal an die Jugend unserer Stadt erfolgt
- Ein modernes Hallenbad, das ökonomisch mit Energieressourcen umgeht
- Eine moderne Verkehrsinfrastruktur, zu dem ein zukunftsfähiges Radverkehrsnetz ebenso gehört wie eine ansprechende Aufenthaltsqualität in der Innenstadt
- Sportstätten wie ein Kunstrasenplatz, die gemeinsam für Schulen und Vereine nutzbar sind.
-

Diese genannten Projekte sind entscheidend für die weitere Entwicklung von Wermelskirchen, vor allem unter dem Zeichen des demographischen Wandels. Wir wollen Wermelskirchen für die Zukunft attraktiv machen, attraktiv gerade für junge Familien deren Zuzug wir benötigen, und deren Wegzug wir uns nicht leisten können.

Ich darf daran erinnern, die Jugend ist unser aller Zukunft, hier kann und können keine Anstrengung, keine Aufwendung und keine rentierlichen Kosten zu viel sein.

Das es Wermelskirchen bisher trotzdem geschafft hat die notwendigen finanziellen Herausforderungen zum größten Teil meistern zu können, ist den gemeinsamen Anstrengungen der Verwaltung und der Kolleginnen und Kollegen in der Politik zu verdanken.

Auch wenn die Zusammenarbeit von Fraktionen und der Verwaltung nicht immer reibungslos lief, wünschen wir uns auch weiterhin ein notwendiges Maß an Kompromissfähigkeit bei allen Beteiligten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn wir uns in einem Jahr mit vielen wichtigen Wahlen befinden. Die Mehrheit der Wermelskirchener Bürger will eins nicht: Ideologische Grabenkämpfe und machtpolitisch motivierte Entscheidungen die nicht zum Wohle unserer Stadt sind.

Die Bürger wünschen sich eine konstruktive Politik und eine handlungsfähige Verwaltung.

Konstruktive Politik heißt eben auch manchmal über Parteigrenzen und vermeintliche Wählerlobbys hinweg Entscheidungen fällen zu müssen.

Dies ist nicht immer gelungen. So wurde eine wichtige Chance durch die vorzeitige Beendigung des Verkehrsversuchs in der Telegrafenstrasse vergeben.

Und trotz dieser, zum Teil gegensätzlichen politischen Auffassungen, war die Arbeit im Rat und den Ausschüssen der Stadt geprägt von gegenseitigem Respekt. Auch haben Politik und Verwaltung es wieder aller Probleme irgendwie geschafft das Schiff auf Kurs zu halten.

Dafür bedanken wir uns bei Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

